

Ist die ÖVP jetzt für die Abtreibung?

Veröffentlicht am 04.10.2017 von „der konservative Rebell“

Am 13. September 2017 fand im Europäischen Parlament eine denkwürdige Abstimmung mit dem sperrigen Titel *"Zwischenbericht über den Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt durch die Europäische Union"* statt.



In dem [Bericht](#) geht es seitenlang um Gleichstellungsthemen, die Mann und Frau betreffen und ganz grundsätzlich geht es um Gewalt gegen Frauen, die offenbar ein großes und EU-weites Problem darstellt. Man will seitens Brüssel offizielle Aktivitäten setzen, um diese Form der Gewalt zurück zu drängen. So weit, so gut.

Das Heikle kommt im Fließtext

Doch in dem Bericht steckt auch eine wesentliche Passage, die ebenfalls mit abgestimmt wurde und die den Grundsätzen jeder christdemokratischen und bürgerlichen Partei (also ganz klar jenen der ÖVP) zuwiderläuft und gegen die daher jede konservative Gruppierung ein klares und lautes Nein aussprechen muss, weil sie inhaltlich absolut nicht mit den konservativen Werten vereinbar ist. Wenn solch ein Nein in einem Abstimmungsprozess aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein sollte, kann man sich der Stimme enthalten, so wie es die Europa-Abgeordneten der FPÖ in diesem Fall geschlossen getan haben. Es klingt unglaublich, aber die ÖVP-Abgeordneten haben (mit einer Ausnahme) [alle zugestimmt](#).

Die legale Abtreibung muss her

Hier der problematische Absatz, um den es geht, im Wortlaut:

- ❖ *"Das Europäische Parlament bekräftigt nachdrücklich, dass die Verweigerung sexueller und reproduktiver Gesundheit und damit verbundener **Rechte und Dienstleistungen, einschließlich des sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruchs, eine Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen darstellt; das Parlament betont erneut, dass nur Frauen und Mädchen selbst über ihren Körper und ihre Sexualität verfügen können müssen; es fordert die Mitgliedstaaten auf, für umfassende Sexualerziehung, den Zugang von Frauen zur Familienplanung und zum gesamten Spektrum reproduktiver und sexueller Gesundheitsleistungen, einschließlich moderner Methoden der Empfängnisverhütung und des sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruchs zu sorgen.**"*

Gegen geltendes Recht

Diese Erklärungen widersprechen dem geltenden österreichischen Recht (Fristenregelung, StGB [Paragraf 96 und 97](#)) und sie widersprechen vor allem auch dem

Parteiprogramm der ÖVP, in dem man sich gegen die Abtreibung ausspricht und das Lebensrecht betont. Sie stehen natürlich auch diametral der katholisch-christlichen Weltanschauung entgegen.

Und doch stimmten die österreichischen Christdemokraten fast geschlossen dem Bericht zu. Warum machen die Damen und Herren Abgeordneten so etwas haarsträubendes und falsches? Ist das der Bruch mit der eigenen, früher einmal fundierten konservativen und christlichen Weltanschauung und damit die endgültige Selbstaufgabe oder ist diese Zustimmung einfach "nur" die neue und beliebige Linie der türkisch-schwarzen Politiker, die im Taumel der vor den Wahlen ausgebrochenen Erneuerung ihre Grundsätze über Bord werfen?

Die schwarz-türkische Elite sagt ja

Und wer da aller zustimmte, das ist nicht ohne: Zuerst die schwarze Europa-Abgeordnete **Elisabeth Köstinger**, die immerhin neue Generalsekretärin(!) der ÖVP und enge Beraterin des ebenso neuen VP-Chefs **Sebastian Kurz** ist. Dann der erfahrene und langjährige EU-Parlamentarier **Heinz Becker**, im Weiteren das EU-Faktotum **Othmar Karas**, bekannt für seine stets biegsamen Haltungen und die eher unbekannt **Claudia Schmidt**. Der seit 20 Jahren tätige EU-Abgeordnete **Paul Rübig** enthielt sich der Stimme.

Unfassbare Wendehalstaktik

Die neue Generalsekretärin der ÖVP stimmt in Brüssel für die Legalisierung der Abtreibung - das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Dieselbe Elisabeth Köstinger, die dem Autor dieser Zeilen in einem Gespräch am Rande der Feier zu Wolfgang Schüssels 70. Geburtstag im Jahre 2015 als noch neue EU-Abgeordnete versicherte, sie wolle alles unternehmen, um die Abtreibung zurückzudrängen und sie sähe das sogar als eine ihrer Hauptaufgabe an.

Dass Othmar Karas längst ein Euro-Linker im schwarz-türkischen Gewand geworden ist, wissen ohnehin alle, die seine Karriere auch nur am Rande verfolgt haben. Möglicherweise geht er aber eh nächsten Sonntag wegen dieser Abstimmung brav beichten und dann ist es ja wieder gut.

Heinz Becker hielt man für einen gestandenen Konservativen, aber auch die können umfallen, wenn der feministische Furor mit Windstärke 9 durch das EU-Parlament fegt.

Paul Rübig, seit 20 Jahren EU-Abgeordneter, hatte wenigstens den Mut, sich der Stimme zu enthalten. Immerhin, das ist fast schon heldenhaft bei den seriellen Umfallern, die von den "konservativen" Parteien und deren österreichischen Vertretern im EU-Parlament geliefert werden.

Auch die anderen europäischen Konservativen sind feig

Die Abstimmung ging zu 75% FÜR den besagten Text aus. Nur ein Viertel der Europa-Abgeordneten hatte den Mumm und die Größe, gegen diesen Beschluss zu stimmen, obwohl die Mehrheit des Europa-Parlaments von Mitte-Rechts-Parteien gebildet wird.

- ❖ Wir werden wohl als nächsten Schritt die Festschreibung der Abtreibung als Menschenrecht erleben, davon ist auszugehen.

Die intrauterine Tötung des eigenen unwillkommenen Kindes kann man zeitgeistig durchaus in eine egoistisch motivierte Rechtsform gießen. Der Wutschrei "Ich habe ein Recht auf ein Kind!" lässt sich problemlos transponieren in den beleidigten Ruf "Ein Kind zerstört meine Lebensplanung!" Der Zynismus, der mit Formulierungen wie der oben erwähnten in die Europa-Politik einfließt, ist nämlich noch lange nicht ausgereift. Da geht noch was.

Und was sagt Kurz?

Interessant wäre, was der explizit *katholische* ÖVP-Chef Sebastian Kurz zu diesen Entwicklungen sagt. Vielleicht schafft es ja noch einer der vielen TV-Duell-Sekundanten in den unzähligen Vorwahl-Geplänkel-Sendungen, die heiklen und existenziellen Fragen der bürgerlichen Politik anzusprechen, bevor der Wahlkampf endgültig im roten Facebook-Schlamm versinkt.